

Wochenbericht

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Zur langfristigen Entwicklung von Einkommen und Armut in Deutschland

Starke Reduktion der arbeitsmarktbedingten Ungleichheit durch sozialstaatliche Maßnahmen

Joachim R. Frick
Jan Goebel
Markus M. Grabka
Peter Krause
Andrea Schäfer
Ingrid Tucci
Gert G. Wagner

Kontakt:
pkrause@diw.de

Seit dem Jahr 2000 ist in Deutschland ein neuerlicher Anstieg sowohl der Ungleichheit der Einkommen als auch der relativen Einkommensarmut zu beobachten. Dies geht übereinstimmend aus Berichten hervor, die in jüngster Zeit auf Grundlage unterschiedlicher Einkommenskonzepte und Datenquellen veröffentlicht wurden.¹ Viele der Einzelergebnisse basieren auf Daten des vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung erhobenen Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Bei einer Vertiefung² und Gesamtbetrachtung dieser Ergebnisse können noch weitere Erkenntnisse gewonnen werden.

Besonders hervorzuheben ist, dass die Zunahme von Ungleichheit und Armut seit Mitte der 80er Jahre keineswegs linear – im Sinne eines säkularen Trends in Richtung stetig steigender Ungleichheit – verlief. Vielmehr lassen sich im Gleichklang mit der konjunkturellen Entwicklung und insbesondere der Entwicklung der Arbeitslosigkeit Phasen zu- und auch abnehmender Ungleichheit beobachten. Im Zuge einer sinkenden Arbeitslosigkeit dürfte auch wieder mit abnehmender Ungleichheit und weniger Armut zu rechnen sein. Freilich funktioniert das sozialstaatliche Transfer- und Umverteilungssystem in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit nach wie vor. So ist die Reduktion der Ungleichheit von am Markt erzielten Einkommen weiterhin hoch, in Ostdeutschland deutlich stärker als in Westdeutschland. Insofern kann von einem weitreichenden Abbau des Sozialstaats nicht die Rede sein.

Aus wohlfahrtsökonomischer Sicht ist im Allgemeinen das den privaten Haushalten zur Verfügung stehende Einkommen relevant – daher liegen den folgenden Auswertungen des SOEP überwiegend jahresbezogene Nettoeinkommen der privaten Haushalte zugrunde. Dabei werden jeweils für das zurückliegende Jahr alle den Haushalt als Ganzes betreffenden Einkommenskomponenten und alle individuellen Bruttoeinkommen der aktuell im Haushalt befragten Personen

¹ Hierzu zählen die Aktualisierung des nationalen Aktionsplanes zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (vgl. Beitrag der Bundesregierung 2003–2005 zur Reduzierung von Armut in Europa), der Datenreport 2004 des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/download/d/datenreport/2_18gesch.pdf; eine Aktualisierung der Ergebnisse bis 2003 wird derzeit vorbereitet) und die Vorabveröffentlichung einzelner Ergebnisse aus dem Entwurf zum zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (vgl.: Wer hat, dem wird gegeben. In: DER SPIEGEL, Nr. 49, Dezember 2004).

² Vgl. z. B.: Verteilter Wohlstand. In: Capital, Nr. 20, 2004; Arm und Reich. In: Süddeutsche Zeitung vom 24. Dezember 2004.

Nr. 4/2005

72. Jahrgang / 26. Januar 2005

Inhalt

Zur langfristigen Entwicklung von Einkommen und Armut in Deutschland
Seite 59

Geburt eines Kindes erhöht die Lebenszufriedenheit der Mütter nur kurzfristig
Seite 69

Kasten 1

Definitionen und Methoden

Im Einzelnen liegen diesem Bericht folgende Definitionen und Variablen zugrunde:

- Alle Einkommensangaben werden in Euro ausgewiesen. Die Analysen erfolgen auf Personenebene; repräsentiert wird die gesamte in privaten Haushalten lebende Bevölkerung in Deutschland. Die Anstaltsbevölkerung (z. B. in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt.
- Als einkommensarm gilt, wer unter die Armutsgrenze fällt. Diese liegt nach einer europäischen Konvention bei 60 % des Medians der jährlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen (auf der Basis von Gesamtdeutschland). Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung werden mithilfe von Pro-Kopf-Bedarfsgewichten vergleichbar gemacht.
- Die Bedarfsgewichte für die Berechnung von Äquivalenzeinkommen entsprechen der neuen OECD-Skala. Der Haushaltsvorstand erhält ein Gewicht von 1, jede weitere erwachsene Person von 0,5 und jedes Kind von 0,3. Als Kind gilt, wer das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.
- Die Einkommen werden zu Preisen von 2000 ausgewiesen. Um vor allem für die erste Hälfte der 90er Jahre wirksame Kaufkraftunterschiede zu berücksichtigen, werden bis zum Erhebungsjahr 1997 die Einkommen in den alten und neuen Ländern jeweils getrennt an die entsprechende Preisentwicklung angepasst.¹

¹ Die Anpassung der Preisindizes erfolgt wegen der hier verwendeten Vorjahresangaben für das jeweils dem Erhebungsjahr vorausgehende Einkommensjahr.

aufsummiert (Markteinkommen³). Darüber hinaus werden Einkommen aus gesetzlichen Renten und Pensionen (die weitgehend aus den Markteinkommen abgeleitet sind) sowie soziale Transfers⁴ berücksichtigt. Schließlich werden mithilfe einer Simulation der Steuer- und Sozialabgaben die Jahresnettoeinkommen errechnet.⁵

Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, werden alle Haushaltseinkommen unter Verwendung der neuen OECD-Skala in sogenannte Äquivalenzeinkommen – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – umgerechnet; jedes Haushaltsmitglied bekommt das errechnete Äquivalenzeinkommen zugewiesen⁶ (Kasten 1). Alle Einkommen werden zu Preisen von 2000 ausgewiesen.

Die Auswertungen folgen damit den Empfehlungen des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften, Eurostat,⁷ zur nationalen Berechnung der sogenannten Laeken-Indikatoren.⁸ Diese Indikatoren sind feste Bestandteile der von der EU initiierten nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in Europa (NAPIncl)⁹; die Messverfahren werden im Wesentlichen auch im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung berücksichtigt.¹⁰

Der vorliegende Bericht beschränkt sich auf die Entwicklung der Einkommensverteilung für die gesamte Bevölkerung, getrennt nach Ost und West.

³ Kapital- und Erwerbseinkommen, einschließlich privater Transfers und Privatrenten.

⁴ Kindergeld, Unterstützungen vom Arbeitsamt, BAföG, Sozialhilfe und Wohngeld.

⁵ Bei den Jahreseinkommen werden auch einmalige Sonderzahlungen (13. und 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld etc.) berücksichtigt. Fehlende Werte werden geschätzt.

⁶ Damit wird unterstellt, dass alle Haushaltsmitglieder in gleicher Weise vom gemeinsamen Einkommen profitieren.

⁷ Das ECHP (European Community Household Panel) wurde im Jahre 2001 zum letzten Mal erhoben. Seitdem werden vergleichende Indikatoren nicht mehr von Eurostat selbst berechnet, sondern von den nationalen statistischen Ämtern auf Grundlage einer festen Berechnungsvorgabe bereitgestellt. Eurostat: Continuity of Indicators between End-ECHP and Start-SILC. Algorithms to Compute Common Cross-Sectional EU Indicators. Unit D-2: Living Conditions and Social Protection. Luxemburg 2001.

⁸ Die Laeken-Indikatoren wurden im Zusammenhang mit der Erstellung von nationalen Aktionsplänen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Europa entwickelt und werden inzwischen jährlich für jedes EU-Mitgliedsland errechnet. Vgl. Tony Atkinson, Bea Cantillon, Eric Marlier und Brian Nolan: Social Indicators. The EU and Social Inclusion. Oxford und New York 2002.

⁹ Für den nationalen Aktionsplan 2003–2005 hat das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) eigene Berechnungen auf Basis der monatsbezogenen Haushaltseinkommen des SOEP erstellt. Zum Vergleich von jahres- und monatsbezogenen Einkommensmessungen vgl. Datenreport 2004, a. a. O.

¹⁰ Die dort vorgenommenen Berechnungen beruhen auf verschiedenen Datenquellen. Auf dem SOEP basierende Auswertungen im Armuts- und Reichtumsbericht gehen ebenfalls vom jahresbezogenen Einkommenskonzept aus. In Erweiterung zum Laeken-Konzept werden hierbei auch Einkommensvorteile bei selbstgenutztem Wohneigentum (imputed rent) berücksichtigt. Zudem gehen bei den Haushaltseinkommen auch die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber sowie fiktive Zuschläge für den geldwerten Vorteil der Beamtenversorgung ein; allerdings werden private Transfers und Privatrenten in diesem Konzept nicht den Markteinkommen zugeschlagen.

Tabelle 1

Haushaltsnettoeinkommen¹ in Deutschland 1985 bis 2003 nach Einkommensquintilen²

	1985 ³	1988 ³	1993	1995	1998	2000	2003
In Euro							
Unterstes Quintil	6 828	7 545	7 625	7 005	7 355	7 991	7 584
Oberstes Quintil	26 577	27 488	29 745	29 773	29 220	31 172	32 812
Insgesamt	14 679	15 717	16 635	16 183	16 297	17 354	17 875
Veränderung von ... bis 2003 in %							
Unterstes Quintil	11,1	0,5	-0,5	8,3	3,1	-5,1	x
Oberstes Quintil	23,5	19,4	10,3	10,2	12,3	5,3	x
Insgesamt	21,8	13,7	7,5	10,5	9,7	3,0	x

1 Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000 (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

2 Jedes Quintil umfasst 20% der nach der Höhe des Einkommens geordneten Bevölkerung.
3 Alte Bundesländer.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Das DIW Berlin wird in der nächsten Zeit in weiteren Wochenberichten vertieft auf Entwicklungen für Teilgruppen der Bevölkerung eingehen.

das Einkommensniveau kaum noch verändert; das durchschnittliche verfügbare Einkommen verharrt seit 1995 bei etwa 83 % des Westniveaus.

Stand der Angleichung der Einkommen in den neuen Ländern

Die deutsche Vereinigung hat sich nachhaltig in der Verteilung der Einkommen niedergeschlagen. Die neuen Bundesländer hatten unmittelbar nach der Wende ein deutlich niedrigeres Einkommensniveau und eine weitaus weniger ungleiche Verteilung als die alten Länder zu verzeichnen. Letztere hatten im Boom Ende der 80er Jahre noch Steigerungen der Realeinkommen erfahren, an denen alle Einkommensschichten partizipierten. So stiegen die Einkommen sowohl im untersten als auch im obersten Quintil (Tabelle 1).¹¹ Danach sind indes die Realeinkommenszuwächse der verfügbaren Einkommen in den alten Ländern eher gering ausgefallen.

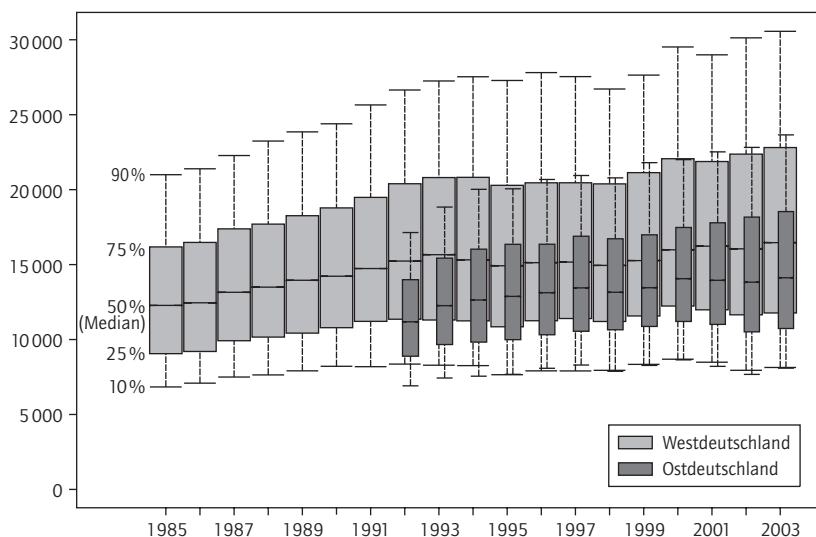
Das Jahr 2003 markiert einen Zeitpunkt mit besonders starkem Realeinkommensrückgang. Die durchschnittlichen Einkommen im untersten Segment hatten hier wieder ein reales Niveau wie zu Ende der 80er Jahre in den alten Ländern; lediglich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre war es kurzfristig niedriger. Die Einkommen im oberen Bereich unterlagen im selben Zeitraum ebenfalls Schwankungen, sind aber insgesamt doch deutlich gestiegen.

In den neuen Ländern hatten die Haushalte in der ersten Hälfte der 90er Jahre zunächst aufgrund hoher Lohnsteigerungen und enormer Transfers aus Westdeutschland sehr hohe reale Einkommenszuwächse, in deren Folge sich der Einkommensabstand zu den alten Ländern deutlich verringerte. In der zweiten Hälfte dieser Dekade hat sich auch hier

Abbildung 1

Verteilung der realen Haushaltsnettoeinkommen¹ anhand von Quantilsgrenzen² 1985 bis 2003

In Euro



1 Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000 (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

2 Die Quantilsgrenzen geben die Einkommenschwellen an, die von einem bestimmten Prozentsatz der Bevölkerung höchstens erreicht werden. So stellt der Median den Einkommenswert dar, der von jeweils der Hälfte der Bevölkerung unter- bzw. überschritten wird.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

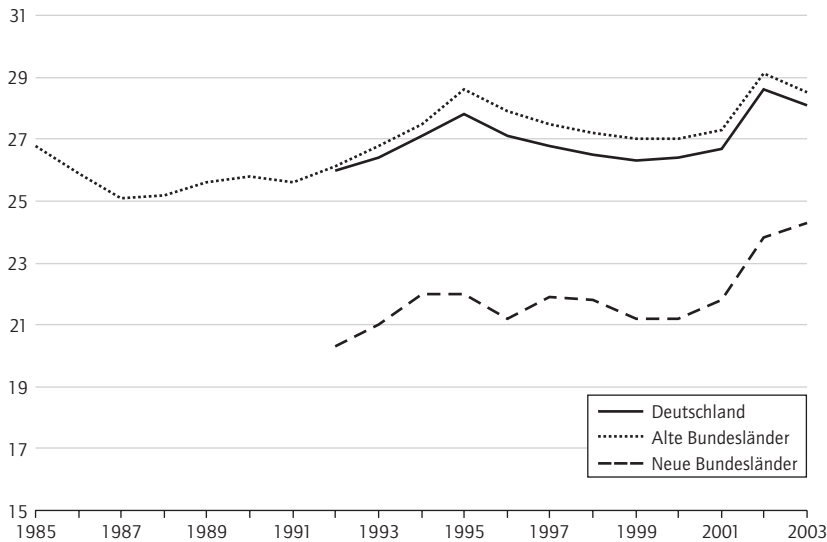
DIW Berlin 2005

11 Im untersten Quintil sind jene 20% der Bevölkerung enthalten, die die niedrigsten Einkommen beziehen, im obersten Quintil entsprechend das Fünftel mit den höchsten Einkommen.

Abbildung 2

Einkommensungleichheit bei Haushaltsnettoeinkommen¹ 1985 bis 2003

Gini-Koeffizienten in %



¹ Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000 (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West).

Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

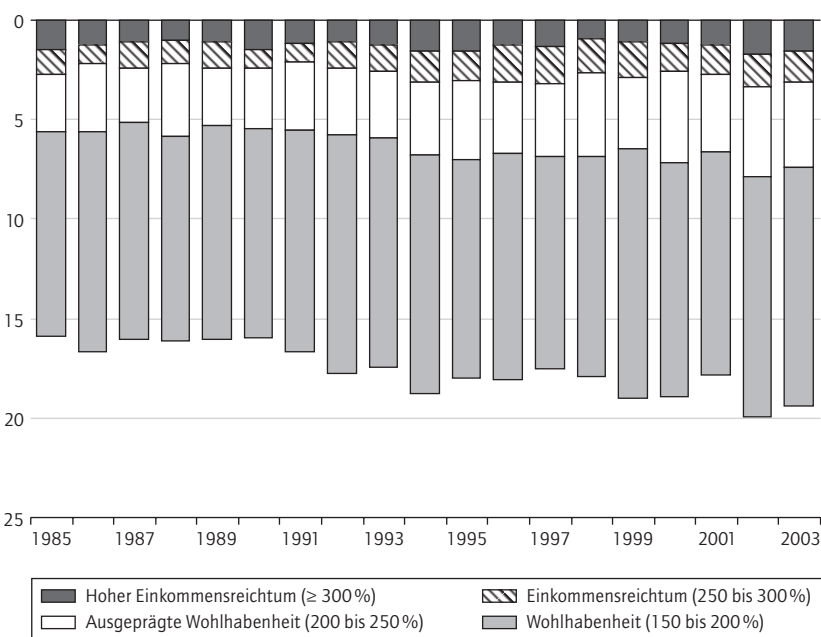
Phasen der Einkommensentwicklung – Niveau und Verteilung

Die Angleichung der Einkommensverhältnisse zwischen neuen und alten Ländern lässt sich anschaulich anhand der Entwicklung verschiedener Kennwerte der Einkommensverteilung dokumentieren. Bei der Darstellung in Abbildung 1 werden Niveau und Verteilung der Realeinkommen gleichzeitig betrachtet. Der Median stellt den Einkommensschwennwert dar, der von jeweils der Hälfte der Bevölkerung im jeweiligen Jahr unter- bzw. überschritten wird. Analog geben die Ober- und Untergrenzen der Blöcke die Einkommensschwellen wieder, die 50% der Bevölkerung mit mittleren Einkommen einschließen. Die äußeren Einkommensschwellen kennzeichnen 80% der Bevölkerung ohne die jeweils reichsten bzw. ärmsten 10% der Bevölkerung. Die Abbildung zeigt, dass sich seit der Vereinigung die Realeinkommen im untersten Einkommensbereich in den neuen Ländern in wenigen Jahren an jene in den alten Ländern angeglichen haben. Im oberen Einkommenssegment ist der Abstand zum Westen aber immer noch deutlich ausgeprägt, auch wenn sich die Einkommensverteilung in den neuen Ländern in der ersten Hälfte der 90er Jahre ebenfalls stark gespreizt hat.

Abbildung 3

Anteile der Bevölkerung in Deutschland¹ mit hohem Einkommen² 1985 bis 2003

In %



Die Schwellen der einzelnen Einkommen werden in Prozent des Medians angegeben.

¹ Bis 1991 alte Bundesländer. (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West).
² Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000. Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Damit hat sich aus gesamtdeutscher Sicht die Ungleichheit in der Verteilung der verfügbaren Einkommen erhöht. Eine differenzierte Betrachtung offenbart, dass der Anteil des obersten Quintils am Gesamteinkommen aller privaten Haushalte tendenziell gestiegen, der des untersten Einkommenssegments dagegen gesunken ist; im Jahre 2003 hat er mit 8,5% nach 1995 einen neuen Tiefpunkt erreicht (Tabelle 2). Besonders deutlich ist diese Entwicklung in den neuen Bundesländern.

Im langfristigen Vergleich zeigen sich jedoch auch deutliche Schwankungen im Einkommensanteil der Quintile. Dabei entwickeln sich die Einkommensanteile im oberen und unteren Einkommensbereich nicht unbedingt gleichförmig. Langfristig vergleichsweise konstant sind die Anteile der mittleren Einkommensbereiche.

Entsprechend sind auch bei der Ungleichheit – gemessen am Gini-Koeffizienten¹² – zyklische Verläufe zu beobachten (Abbildung 2). Langfristig zeigt sich so in der zweiten Hälfte der 80er Jahre – noch in den alten Ländern – zunächst ein Rückgang der Ungleichheit, gefolgt von einer verstärkten Zunahme bis Mitte der 90er Jahre. In der zwei-

¹² Der Gini-Koeffizient ist ein Maß für die Ungleichheit der Verteilung der Einkommen in der Bevölkerung. Der Wertebereich dieses Koeffizienten liegt zwischen 0 und 1, wobei niedrigere Werte geringere Ungleichheit ausdrücken.

Tabelle 2

Struktur des Gesamteinkommens¹ 1985 bis 2003 nach Einkommensquintilen²

In %

	1985 ³	1988 ³	1993	1995	1998	2000	2003
Deutschland insgesamt							
Oberstes Quintil	36,2	34,9	35,7	36,7	35,8	35,8	36,6
Mittlere Quintile	54,6	55,5	55,2	54,7	55,2	55,0	54,9
Unterstes Quintil	9,3	9,6	9,2	8,6	9,0	9,2	8,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Neue Bundesländer							
Oberstes Quintil	·	·	31,9	32,6	32,7	32,3	34,1
Mittlere Quintile	·	·	57,2	56,9	56,7	56,7	56,2
Unterstes Quintil	·	·	10,9	10,6	10,7	11,0	9,7
Insgesamt	·	·	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹ Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000 (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

² Jedes Quintil umfasst 20% der nach der Höhe des Einkommens geordneten Bevölkerung.
³ Alte Bundesländer.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

ten Hälfte der 90er Jahre kam es zu einem abermaligen Rückgang der Ungleichheit, dem dann wieder ein starker Anstieg nach dem Jahre 2000 folgte. In den neuen Ländern ist die Ungleichheit nach längerer Stagnation in den letzten Jahren ebenfalls deutlich gestiegen, hat jedoch nach wie vor eine geringere Ausprägung als in Westdeutschland.

Wohlhabenheit und Niedrigeinkommen

Bei der Darstellung der langjährigen Entwicklung der Einkommen wurde bereits deutlich, dass sich der Bevölkerungsanteil bei hohen und niedrigen Einkommen zyklisch um einen langfristigen Trend entwickelt hat: So hat sich der Bevölkerungsanteil mit höheren und gehobenen Einkommen (≥ 150% des Medians) gegenüber 1985 von 16% auf knapp 20% erhöht (Abbildung 3). Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch im Bereich des Einkommensreichtums (≥ 250% des Medians).

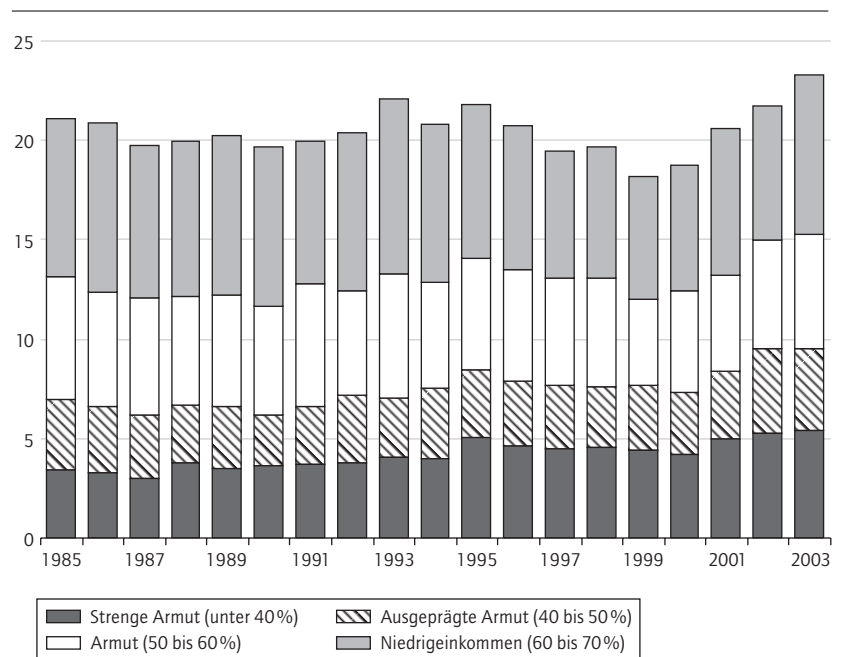
Ein zunehmender Trend ist auch für die Bevölkerung im Niedrigeinkommensbereich zu erkennen (Abbildung 4). So lag der Anteil der in relativer Armut lebenden Bevölkerung (60% des Medians) im Jahre 2003 bei 15,3% im Vergleich zu 13,2% im Jahre 1985.

Dieser Verlauf ist auch bei den Niedrigeinkommensquoten (70% des Medians) zu beobachten. Im Bereich strenger bzw. ausgeprägter Einkommensarmut (40% bzw. 50% des Medians) zeigt sich ungeachtet des ebenfalls zyklischen Verlaufs sogar eine langfristig höhere Zunahme. Bei der sozialpolitischen Würdigung dieser Ergebnisse ist aber zu beachten, dass die Jahr für Jahr als arm er-

Abbildung 4

Anteile der Bevölkerung in Deutschland¹ mit niedrigem Einkommen² 1985 bis 2003

In %



Die Schwellen der einzelnen Einkommen werden in Prozent des Medians angegeben.

¹ Bis 1991 alte Bundesländer. (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West).
² Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000. Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

fasste Population nicht konstant bleibt, sondern selbst einer starken Mobilität unterworfen ist.¹³

¹³ Vgl. Datenreport 2004, a. a. O.

Kasten 2

Weitere Indikatoren zur Armutsmessung und -entwicklung

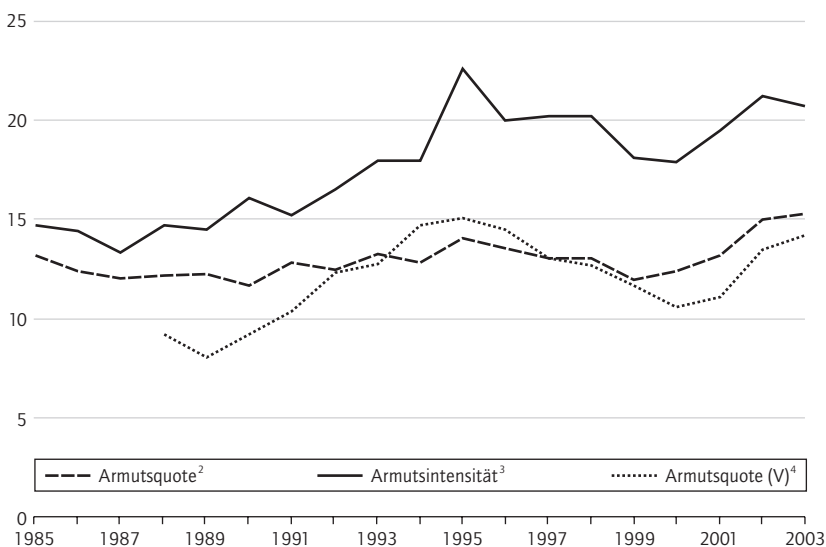
Einkommensarmut zu messen ist nicht einfach, da der alltagssprachliche Begriff „Armut“ alles andere als klar definiert ist. Deswegen hat die Wissenschaft verschiedene Armutskonzepte entwickelt, um möglichst alle Facetten des schillernden Begriffs „Armut“ ausleuchten zu können. An dieser Stelle werden über die in der vorliegenden Untersuchung verwendete Armutsquote hinaus zwei weitere Armutindikatoren und deren Entwicklung für Deutschland dargestellt.

Abbildung

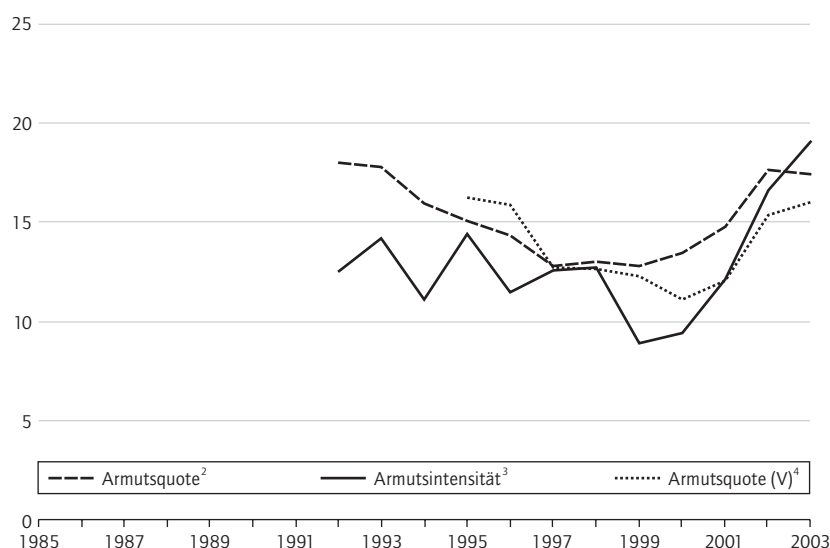
Indikatoren der Einkommensarmut¹

In %

Deutschland 1985 bis 2003 (bis 1991 alte Bundesländer)



Neue Bundesländer 1992 bis 2003



¹ Bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000 (Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

² Bevölkerungsanteil mit weniger als 60 % des gesamtdeutschen Medians im jeweiligen Jahr.

³ FGT (2) * 10. Dieser Index berücksichtigt den Abstand der Einkommen der Armen zur Armutsgrenze.

⁴ Bevölkerungsanteil mit weniger als 60 % des gesamtdeutschen Medians drei Jahre zuvor.

Die *Armutsquote* misst den Anteil der Personen, deren Einkommen unterhalb der festgelegten Armutsschwelle liegt. Die hier definierte Schwelle orientiert sich am Mittelwert der Einkommen und beträgt konkret 60 % des Medians der jährlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen¹ für Gesamtdeutschland,² bei sogenannter „strenger Armut“ sind es lediglich 40 % des Medians. Je höher die Schwelle liegt, umso höher ist die berechnete Armutsquote.

Die Armutsquote mit der 60 %-Schwelle ist der erste Primärindikator von insgesamt 18 sogenannten Laeken-Indikatoren, die von der EU im Rahmen der nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut herangezogen werden (ARPR – At-Risk-of-Poverty Rate). Dabei wird die Armutsschwelle für das aktuelle Jahr berechnet. Um konjunkturelle Einflüsse besser sichtbar zu machen, wird bei der hier im Kasten zusätzlich ausgewiesenen Armutsquote der Anteil armer Personen nicht auf der Basis der *aktuellen* 60 %-Schwelle berechnet, sondern auf Basis der drei Jahre *zurückliegenden* Armutsschwelle, wobei sich allerdings dieser Schwelle gemäß der Inflation erhöht.³ Zur sprachlichen Vereinfachung wird im Folgenden diese „versetzt“ berechnete Armutsquote als *Armutsquote (V)* bezeichnet.

Im Vergleich zur „normalen“ Armutsquote reagiert die so berechnete Größe stärker auf das Wirtschaftswachstum. Bei einer allgemeinen Einkommenssteigerung sinkt also die Armutsquote (V) schneller aufgrund der nur inflationsbedingt angehobenen Armutsschwelle. Umgekehrt steigt die „versetzt“ gemessene Armut stärker, wenn insgesamt ein Realeinkommensverlust eintritt, das Preisniveau also rascher zunimmt als das Nominaleinkommen. Dadurch treten konjunkturelle Einflüsse in der Messung der Armut stärker hervor. Das Verlaufsmuster dieser Armutsquote (V) stimmt langfristig offenkun-

¹ Zur besseren Vergleichbarkeit der Einkommensposition von Haushalten verschiedener Größe und Zusammensetzung werden sogenannte Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen berechnet (vgl. Kasten 1: „Definitionen und Methoden“).

² Um Verteilungseffekte herauszurechnen, die sich aus der unterschiedlichen Entwicklung in den alten und neuen Ländern ergeben, werden auch regionspezifische Schwellenwerte verwendet.

³ Dieses Maß ist ebenfalls Bestandteil der Laeken-Indizes: Laeken-Indikator 12; ARPRa; At-Risk-of-Poverty Rate Anchored at a Moment in Time.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

dig mit der prozentualen Veränderung des preisbereinigten Volkseinkommens und den entsprechenden Schwankungen der Arbeitslosenquote überein (obere Abbildung).

Im Vergleich von Armutsquote und Armutsquote (V) zeigt sich für die neuen Bundesländer erst seit dem Wiederanstieg der Armut Ende der 90er Jahre ein deutlicher Unterschied. Der geringere und etwas spätere Anstieg der Armutsquote (V) deutet zumindest teilweise auf einen konjunkturellen Einfluss beim Anstieg der Armut im Osten hin.

Alle Armutsquoten, die lediglich die Zahl der Personen unterhalb einer Armutsschwelle zählen,⁴ lassen jedoch keine Aussagen darüber zu, wie sehr das Einkommen der Armen von der Armutsschwelle abweicht. Deshalb wird hier zusätzlich das *FGT2-Maß* ausgewiesen, das die sogenannte *Armutintensität* misst.⁵ Bei der Berechnung dieses Maßes werden in Armut lebende Personen umso stärker gewichtet, je weiter ihr Einkommen unterhalb der Armutsschwelle liegt.⁶

Im Jahre 2003 lag die Armutsquote bei 15,3 %; in den neuen Ländern waren mit einem Anteil von 17,4 % mehr Menschen von Armut betroffen als in den alten. Allerdings ist in den alten Ländern die Intensität der Armut höher – hier ist offenkundig ein größerer Teil der Armen weiter von der Armutsschwelle entfernt. In den letzten Jahren ist der Anteil der in Armut lebenden Bevölkerung in beiden Landesteilen deutlich gestiegen.

In den neuen Ländern zeigt sich auch für die Armutintensität seit der Vereinigung ein u-förmiger Verlauf (untere Abbildung). Das Ausmaß der relativen Armut ist hier nach der Vereinigung – gemessen am gesamtdeutschen Durchschnitt – infolge der hohen Einkommenszuwächse bis Ende der 90er Jahre deutlich gesunken; die Armutintensität ist innerhalb desselben Zeitraums allerdings weniger deutlich zurückgegangen. Seitdem ist freilich – aufgrund der Langzeitarbeitslosigkeit – eine deutliche Zunahme der Armut in den neuen Ländern zu beobachten. Die Armutintensität liegt seit 2002 auf dem höchsten Niveau seit der Wende und hat damit fast das Westniveau erreicht.

Das gesamtdeutsche Bild ist geprägt durch eine fast durchgängige Zunahme der Armutintensität. Lediglich in den Jahren 1999 und 2000 war hier ein merklicher Rückgang zu verzeichnen, der jedoch durch den neuerlichen Anstieg infolge der höheren Arbeitslosigkeit mehr als aufgehoben wurde.

⁴ Sie werden deswegen im Englischen als Head-Count Measures bezeichnet.

⁵ Das FGT2-Maß ist nicht Bestandteil der Laeken-Indikatoren.

⁶ Vgl. J. Foster, J. Greer und E. Thorbecke: A Class of Decomposable Poverty Measures. In: *Econometrica*, Bd. 52, Heft 3, 1984, S. 761–766. Das Maß FGT0 entspricht der normalen Armutsquote.

Zur Entwicklung von Armut und ausgewählten Konjunkturindikatoren

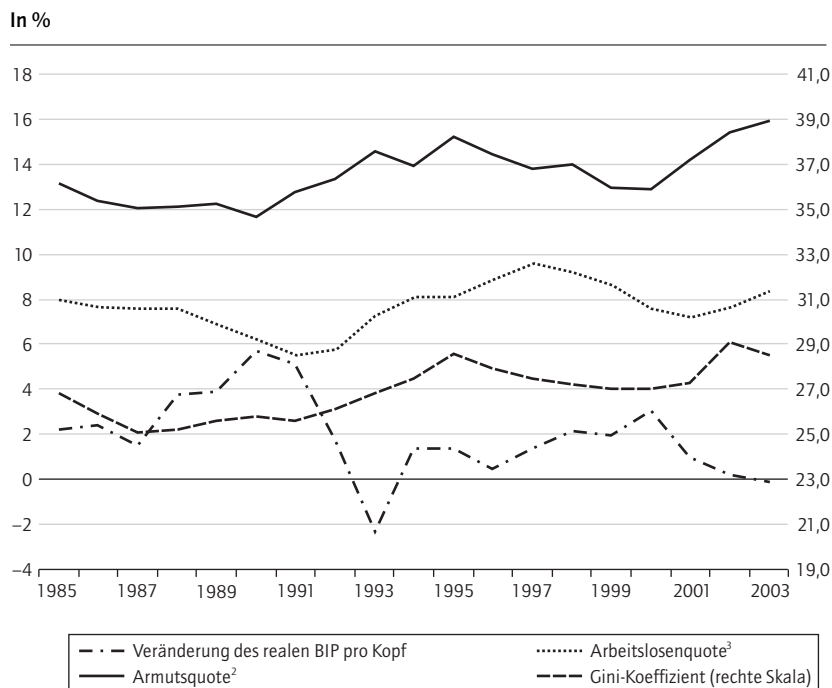
Eine 20-Jahres-Betrachtung, die auch mehrere konjunkturelle Auf- und Abwärtsbewegungen umfasst, ist nur für Westdeutschland möglich.¹⁴ Dazu werden neben dem Gini-Koeffizienten als globalem Indikator für die Ungleichheit der Einkommen und der Standard-Armutsquote¹⁵ auch die Arbeitslosenquote und das reale Wirtschaftswachstum pro Kopf der Bevölkerung herangezogen. Alle Indizes zeigen übereinstimmend einen deutlich zyklischen Verlauf (Abbildung 5): Der Gini-Koeffizient und die Armutsquote sind bei wachsendem Bruttoinlandsprodukt und sinkender Arbeitslosigkeit rückläufig; dies war Mitte der 80er Jahre sowie in der zweiten Hälfte der 90er Jahre der Fall. Mit Wachstumsraten nahe oder unter null und steigender Arbeitslosigkeit nehmen auch Ungleichheit und Armut zu; dies betraf die erste Hälfte der 90er Jahre sowie insbesondere die Jahre nach 2000.

Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Konjunktur einerseits und der Ungleichheit der verfügbaren Einkommen andererseits ist bei der Arbeitslosigkeit und den Einkommensindikatoren besonders deutlich. Mit der Arbeitslosigkeit werden Erwerbseinkommen durch niedrigere Lohnersatzleistungen oder geringere Fürsorgeleistungen ersetzt. Dadurch steigt automatisch die Ungleichheit. Umgekehrt verliert diese Komponente der Ungleichheit im Aufschwung an Bedeutung, zumal dann auch die Erwerbsbeteiligung steigt.

¹⁴ Seit dem Erhebungsjahr 1995 sind Zuwanderer, insbesondere Ausiedler, im SOEP besser repräsentiert als in den Jahren 1988 bis 1994. Ein kleiner Teil des hier ausgewiesenen Anstiegs der Ungleichheit von 1994 auf 1995 ist auf dieses statistische Artefakt zurückzuführen (vgl. Klaus-Dietrich Bedau, Joachim Frick, Peter Krause und Gert G. Wagner: Zuwanderung vergrößert Einkommensungleichheit und Einkommensarmut geringfügig – Neue Ergebnisse des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). In: *Wochenbericht des DIW Berlin*, Nr. 50/1996, S. 816–822).

¹⁵ Um vereinigungsbedingte Effekte auf die Armutsentwicklung auszuschließen, wird hier die regionspezifische Armutsquote ausgewiesen; dabei wird zur Ableitung der Armutsschwelle nicht auf die gesamtdeutsche Verteilung Bezug genommen, sondern nur die Region der alten Bundesländer berücksichtigt.

Abbildung 5

Konjunkturindikatoren und Verteilungsmaße¹ in den alten Bundesländern 1985 bis 2003

¹ Bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000. Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

² 60 % des Medians in den alten Bundesländern.

³ Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis VGR der Länder; Bundesagentur für Arbeit; SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Freilich war zum Zeitpunkt der letzten konjunkturellen Hochphase im Jahre 2000 das Ausgangsniveau der Ungleichheit und Armut höher, als dies noch beim ersten Boom im hier betrachteten Zeitraum Ende der 80er Jahre der Fall war, und der Aufschwung fiel nicht kräftig und nachhaltig genug aus, um die Arbeitslosigkeit wieder auf das Niveau Ende der 80er Jahre zu senken. Darüber hinaus haben noch andere Entwicklungen der Markteinkommen – bei gleichzeitig geringem Wachstum – zur Erhöhung der Ungleichheit beigetragen.

Ungleichheit bei den Markteinkommen gestiegen

Aus dem SOEP lassen sich auch die von den Haushaltsmitgliedern am Markt erzielten Bruttoeinkommen ableiten, auf deren Basis durch den Abzug von direkten Steuern und Sozialabgaben sowie durch Addition der gewährten Sozialtransfers das Nettoeinkommen des Haushalts errechnet wird. Ein Vergleich der Verteilung von Markt- und verfügbaren Einkommen illustriert das durch (sozial-)staatliche

Aktivitäten (Abgaben, Sozialversicherungsleistungen und andere Transfers) induzierte Ausmaß an monetärer Umverteilung (Abbildung 6).¹⁶

Aus der langfristigen Betrachtung wird deutlich, dass sich die Ungleichheit der am Arbeits- und Kapitalmarkt erzielten Einkommen der privaten Haushalte nach einem Rückgang in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in den alten Ländern seit Beginn der 90er Jahre in Deutschland insgesamt kontinuierlich erhöht hat.¹⁷ Dies kann in geringem Ausmaß auch durch den gestiegenen Anteil von Rentnerhaushalten bedingt sein, deren gesetzliche Renteneinkommen nicht Bestandteil der Markteinkommen sind. Werden daher im Rahmen eines erweiterten Einkommenskonzeptes auch die aus den Erwerbseinkommen abgeleiteten Renten einbezogen, so flacht die Zunahme der Ungleichheit in der zweiten Hälfte der 90er Jahre etwas ab, hat aber in den letzten Jahren wieder eine stärkere Ausprägung.

Die Ungleichheit der Nettoeinkommen der privaten Haushalte folgt zunächst jener der marktbestimmten Einkommen, und zwar bis Mitte der 90er Jahre. Sie weist dann aber in der zweiten Hälfte der 90er Jahre eine eher rückläufige Entwicklung auf. Mit dem abermaligen Anstieg der Ungleichheit der zugrunde liegenden Markteinkommen in den letzten Jahren hat die Disparität der Nettoeinkommen jedoch ebenfalls wieder zugenommen. Die langfristig steigende Ungleichheit der Nettoeinkommen der privaten Haushalte geht demzufolge einher mit einer ebenfalls langfristigen Erhöhung der Ungleichheit der am Arbeits- und Kapitalmarkt erzielten Einkommen.

In den neuen Ländern ist die Ungleichheit der Markteinkommen seit Beginn der 90er Jahre schneller gestiegen als in den alten Ländern (Abbildung 6). Der Gini-Koeffizient der allein am Markt erzielten Bruttoeinkommen ist hier seit Mitte der 90er Jahre höher als in den alten Ländern. Werden beim marktbestimmten Einkommen zudem Rentenleistungen berücksichtigt, so liegen die Werte für die Ungleichheit der Bruttoeinkommen inzwischen in beiden Landesteilen gleichauf. Die daraus abgeleiteten Nettoeinkommen der privaten Haushalte sind jedoch, wie bereits erwähnt, in den neuen Ländern nach wie vor weit homogener verteilt als in den alten Ländern. Demzufolge ist der Einfluss der massiven staatlichen Maßnahmen auf die Reduktion von Ungleichheit in den neuen Ländern höher (Tabelle 3).

¹⁶ Die Verteilungsangaben beziehen sich jeweils auf die gesamte Bevölkerung. Das heißt, dass Haushalte ohne Kapital- und Erwerbseinkommen in die Bruttobetrachtung mit Einkommen von null eingehen.
¹⁷ Dies gilt auch für die alten Länder bei regionsspezifischer Betrachtung.

Tabelle 3

Reduktion der Einkommensungleichheit¹ infolge (sozial-)staatlicher Maßnahmen 1985 bis 2003

Gini-Koeffizienten in %

	1985 ²	1988 ²	1993	1995	1998	2000	2003
Deutschland insgesamt							
Markteinkommen	45,2	42,2	43,4	45,8	47,0	46,9	48,8
Nettoeinkommen	26,8	25,2	26,4	27,8	26,5	26,4	28,1
Reduktion in %	40,7	40,3	39,2	39,3	43,6	43,7	42,4
Neue Bundesländer							
Markteinkommen	·	·	41,1	44,8	47,9	49,6	53,7
Nettoeinkommen	·	·	21,0	22,0	21,8	21,2	24,3
Reduktion in %	·	·	48,9	50,9	54,5	57,3	54,7

¹ Bezugsgröße ist das Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000 (Deflationierung

bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

² Alte Bundesländer.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Der staatliche Einfluss hat im Verlauf der ersten Hälfte der 90er Jahre im Vergleich zur zweiten Hälfte der 80er Jahre zunächst etwas nachgelassen, ist aber Ende der 90er Jahre wieder gestiegen. In den neuen Ländern hat sich der staatliche Einfluss auf die Verteilung der Einkommen seit Beginn der 90er Jahre stetig erhöht.¹⁸ Auch wenn sich im letzten hier beobachteten Jahr in beiden Landesteilen ein leichtes Nachlassen staatlicher Umverteilung gezeigt hat, so ist die Wirkung sozialstaatlicher Maßnahmen zur Verringerung der Ungleichheit im langjährigen Vergleich nach wie vor groß.

Fazit

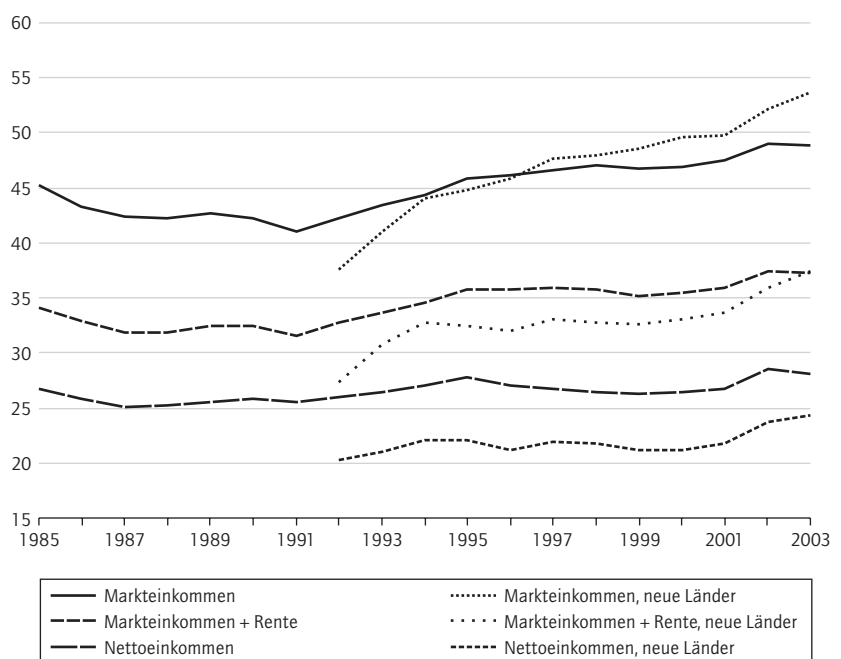
Die Ergebnisse zur langfristigen Entwicklung von Einkommensverteilung und Armut in Deutschland dokumentieren, dass die Zunahme der Ungleichheit der Markteinkommen – vorwiegend bedingt durch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit – durch das nach wie vor funktionierende Transfersystem weitgehend abgefangen wird. Seit Ende der 90er Jahre hat der Umfang der Redistribution mit der steigenden Arbeitslosigkeit auch wieder zugenommen. Insbesondere in den neuen Ländern ist der Einfluss des Sozialstaates auf die Einkommensumverteilung erheblich und international gesehen nahezu ohne Beispiel. Trotzdem können die Folgen steigender Arbeitslosigkeit auf Dauer nicht völlig kompensiert werden.

Trotz der gegenwärtig starken Inanspruchnahme des Systems der Umverteilung nimmt die Einkommensarmut noch zu. Die Konsequenz aus dieser Erkenntnis kann nicht der Ruf nach weiterer Umverteilung sein; vorrangig müssen sich wirtschafts-

Abbildung 6

Einkommensungleichheit in Deutschland¹ bei Markt- und Nettoeinkommen der privaten Haushalte² 1985 bis 2003

Gini-Koeffizienten in %



¹ Bis 1991 alte Bundesländer.

(Deflationierung bis 1997 getrennt für Ost und West). Untersuchungspopulation: Personen in privaten Haushalten.

² Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres, bedarfsgewichtet nach neuer OECD-Skala, zu Preisen von 2000

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

¹⁸ So ist das gesamte Sozialbudget seit 1990 um 259,1 Mrd. Euro auf 685,1 Mrd. Euro im Jahre 2002 gestiegen. Der Anteil des Sozialbudgets am Bruttoinlandsprodukt hat damit von 28,4 % auf 32,5 % zugenommen und verdeutlicht das hohe Maß an gesamtstaatlicher Umverteilung (vgl. Bundesministerium für Gesundheit und Soziales: Sozialbudget 2002. Tabelle I-1: Kennziffern des Sozialbudgets, www.bmgs.bund.de/downloads/A230-2002.pdf).

und sozialpolitische Maßnahmen auf die Reduktion von Arbeitslosigkeit als Wurzel des Übels konzentrieren. Ob die jüngsten Reformen auf dem Arbeitsmarkt (insbesondere die Hartz-Gesetze) hier nachhaltig Abhilfe schaffen können, wird sich zei-

gen. Langfristig ist im internationalen Wettbewerb nur *ein* Mittel gegen Armut wirksam: eine bessere Bildung und Ausbildung insbesondere der am wenigsten Qualifizierten und eine sich daraus ergebende Verbesserung der Beschäftigungschancen.

Geburt eines Kindes erhöht die Lebenszufriedenheit der Mütter nur kurzfristig

Geringe Lebenszufriedenheit insbesondere bei türkischen Müttern

Erwerbsmuster und Lebenszufriedenheit der in Deutschland lebenden Mütter unterscheiden sich erheblich nach der Herkunft. Im Fokus steht hier der Vergleich der Situation zwischen Müttern türkischer und sonstiger nichtdeutscher Herkunft sowie ost- und westdeutschen Müttern. Türkische Mütter weisen die geringste Erwerbsbeteiligung auf; ostdeutsche Mütter sind dagegen am häufigsten nach der Geburt ihres ersten Kindes wieder berufstätig und üben auch in höherem Umfang Vollzeitstätigkeiten aus. Beide Gruppen sind mit ihrem Leben weniger zufrieden als westdeutsche und sonstige ausländische Mütter. Die Geburt weiterer Kinder stellt offenbar für Mütter – unabhängig von ihrer Nationalität – eine so große Herausforderung dar, dass es oft zu einem Rückgang der Lebenszufriedenheit in den Jahren nach der Geburt führt.

Insgesamt hängt die Lebenszufriedenheit deutlich mit der Höhe des Haushaltseinkommens und – damit verbunden – dem Ausmaß der finanziellen Sorgen zusammen. Diese Faktoren erklären jedoch höchstens die Hälfte der Unterschiede der Lebenszufriedenheit zwischen ausländischen und westdeutschen Müttern. Offenbar spielen weitere Belastungen eine erhebliche Rolle. Dieses Ergebnis ist für die Integrationspolitik im Hinblick auf Zuwanderer und ihre Kinder in Deutschland wichtig. Offenbar ist ein stärkeres Augenmerk auf die für Familien kritische Zeit vor und nach der Geburt eines Kindes zu richten. Maßnahmen, die sich positiv auf die Lebenszufriedenheit auswirken, werden die Chancen zur gesellschaftlichen Eingliederung von Zuwanderern und deren Kindern erhöhen.

Das DIW Berlin hat im vergangenen Jahr eine Studie zur Lebenszufriedenheit und Erwerbsbeteiligung von Müttern deutscher Nationalität vor und nach der Geburt eines Kindes vorgelegt.¹ Der nachfolgende Bericht legt den Schwerpunkt nun auf Mütter mit nichtdeutscher Nationalität.

ausländischen Staatsangehörigkeit in Deutschland; dies entsprach 9% der Bevölkerung (1993: knapp 7 Mill. bzw. gut 8%). Mehr als zwei Drittel der ausländischen Kinder und Jugendlichen unter 20 Jah-

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lebten Ende 2003 gut 7,3 Mill. Menschen mit einer

¹ Vgl. Eileen Trzcinski und Elke Holst: Hohe Lebenszufriedenheit teilszeitbeschäftigter Mütter. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 35/2003, S. 539–545.

Eileen Trzcinski
aa2705@wayne.edu

Elke Holst
eholst@diw.de

Kasten

Datengrundlage und Methode

Im vorliegenden Beitrag werden Unterschiede im Erwerbsstatus, der Lebenszufriedenheit sowie hinsichtlich der Sorgen um die finanzielle Situation des Haushalts von deutschen und nichtdeutschen Müttern in Deutschland vor und nach der Geburt eines Kindes untersucht. Ziel ist die Ermittlung objektiver und subjektiver Belastungen im Zusammenhang mit der Geburt eines Kindes. Datengrundlage für die Analyse ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP).¹ Im Mittelpunkt stehen Mütter, die im Zeitraum 1992 bis 1998 ein Kind geboren haben.² Analysiert wird die Situation im Zeitraum von fünf Jahren vor bis fünf Jahre nach einer Geburt. In der vorliegenden Untersuchung wurden die Daten aus unterschiedlichen Wellen zusammengeführt („gepoolt“).

Die Angaben zur *Lebenszufriedenheit* werden erhoben über die Frage: „Zum Schluss möchten wir Sie noch nach Ihrer Zufriedenheit mit Ihrem Leben insgesamt fragen. Antworten Sie bitte wieder anhand der folgenden Skala, bei der ‚0‘ ganz und gar unzufrieden, ‚10‘ ganz und gar zufrieden bedeutet. Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben?“ Die Antworten werden als Durchschnittswerte der 11er Skala ausgewertet.³ Die Angaben über *finanzielle Sorgen* werden erhoben über die Frage: „Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen? Um die eigene wirtschaftliche Situation?“ Als Antwortmöglichkeiten stehen zur Verfügung: „Große Sorgen“, „Einige Sorgen“ und „Keine Sorgen“.

Der Untersuchung zugrunde liegen 1 704 in der Stichprobe beobachtete Geburten, darunter 845 Erstgeburten und 859 Zweit- oder spätere Geburten.

Da für die Schätzungen mehrere Wellen des SOEP gepoolt wurden, können Mütter, die mehrfach ein Kind im Beobachtungszeitraum geboren haben, auch mehrfach in der Stichprobe enthalten sein. Dem wurde durch die Verwendung eines Fixed-Effects-Schätzmodells Rechnung getragen, mit dem der Einfluss unbeobachtbarer, zeitinvarianter und personenspezifischer Effekte ausgeschaltet werden soll. Personenspezifische Faktoren werden hier durch personenspezifische Konstanten („fixe Effekte“) berücksichtigt. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Konstanten zwischen den Befragten unterscheiden, während die Steigungsparameter für die erklärenden Variablen gleich sind.

1 Vgl. SOEP Group: The German Socio-Economic Panel (GSOEP) after more than 15 years - Overview. In: Elke Holst, Dean R. Lillard und Thomas A. DiPrete (Hrsg.): Proceedings of the Fourth International Conference of German Socio-Economic Panel Study Users (GSOEP 2000). In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 70, Nr. 1, 2002, S. 7–14.

2 In dieser Zeit war die Gesetzgebung zur Elternzeit relativ stabil. Das Reformgesetz zum Gesetz zum Erziehungsgeld und zur Elternzeit (BerzGG) (www.bundesrecht.juris.de/bundesrecht/berzgg/inhalt.html) trat erst am 1. Januar 2001 in Kraft. Wichtigstes Anliegen der Novelle war der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit, wodurch die Gestaltungsmöglichkeit auch von jungen Vätern bei der Betreuung ihrer kleinen Kinder erweitert werden soll. Seitdem können Väter und Mütter bei unveränder-

ter dreijähriger Dauer der Elternzeit diese auch gleichzeitig nehmen. Die Grenze für die zulässige Teilzeitarbeit wurde von 19 auf bis zu 30 Wochenstunden erweitert.

3 Solche Angaben werden inzwischen nicht nur in der Psychologie, sondern in der Ökonomie zunehmend analysiert. Vgl. z. B. Richard E. Lucas et al.: Reexamining Adaption and the Set Point Model of Happiness: Reactions to Changes in Marital Status. In: Journal of Personality and Social Psychology, Vol. 84, No. 3, 2003, S. 527–539; Alois Stutzer und Bruno S. Frey: Does Marriage Make People Happy, Or Do Happy People Get Married? Working Paper No. 143. Universität Zürich 2003; Bruno S. Frey und Alois Stutzer: What Can Economists Learn from Happiness Research? In: Journal of Economic Literature, Vol. 40, 2002, S. 402–435.

ren sind in Deutschland geboren;² etwa ein Viertel ist im letzten Jahrzehnt zugewandert – zu großen Teilen als Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge.³ Die letztgenannte Gruppe stellt auch knapp die Hälfte der 20- bis 29-jährigen Ausländer. Unter den 30- bis 59-Jährigen lag dieser Anteil „nur“ bei einem guten Viertel. Fast die Hälfte von ihnen lebt 20 Jahre oder länger in Deutschland; unter den ab 60-Jährigen ist es sogar die große Mehrheit (72 %).⁴

Der Anteil der Frauen unter den Ausländern ist gestiegen und liegt mittlerweile bei 47% (1993: 43%). Menschen aus den früheren Anwerbestaaten wie der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, Italien und Griechenland sind am häufigsten unter

den Ausländern zu finden (insgesamt 46%); 27% aller Ausländer haben die türkische Staatsbürger-

2 Auf die Entwicklung der Zahl der ausländischen Bevölkerung und deren Altersstruktur haben auch gesetzliche Veränderungen einen Einfluss. Bis Ende 1974 erhielten z. B. Kinder aus deutsch-ausländischen Ehen nur dann die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn der Vater Deutscher war. Seit 1975 erhalten auch Kinder deutscher Mütter, die mit einem Ausländer verheiratet sind, die deutsche Staatsangehörigkeit. Seit 2000 erhalten alle in Deutschland geborenen Kinder automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sich zumindest ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhält. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004. Bonn 2004, S. 50.

3 Vgl. ausführlich zu den Trends des Wanderungsgeschehens: Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration: Migration und Integration – Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Berlin 2004, S. 31 ff.

4 Für weitergehende vergleichende sozioökonomische Informationen zu Lebensbedingungen, Bildung und Ausbildung, Erwerbstätigkeit und Einkommen sowie zur sozialen Integration von Ausländern und Zuwanderern in Deutschland vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004, a. a. O., S. 576–583.

schaft. Knapp zwei Drittel der Ausländer (63 %) sind in Hamburg, Berlin, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen ansässig.⁵ Migranten leben eher als Deutsche in größeren Haushalten. Fast ein Fünftel aller ausländischen Familien haben drei und mehr Kinder; bei den deutschen Familien liegt der Anteil bei knapp 12 %. Zudem sind Ehepaar-Familien unter ausländischen Familien häufiger vertreten (86 %) als unter deutschen (78 %).

Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sind seltener kinderlos als deutsche Frauen. Fast jede vierte deutsche Frau im Alter zwischen 35 und 39 Jahren lebt ohne Kind im Haushalt, bei den ausländischen Frauen ist es nicht einmal ein Fünftel; fast drei von zehn leben in Haushalten mit drei und mehr Kindern gegenüber nur 13 % der deutschen Frauen im entsprechenden Alter.⁶

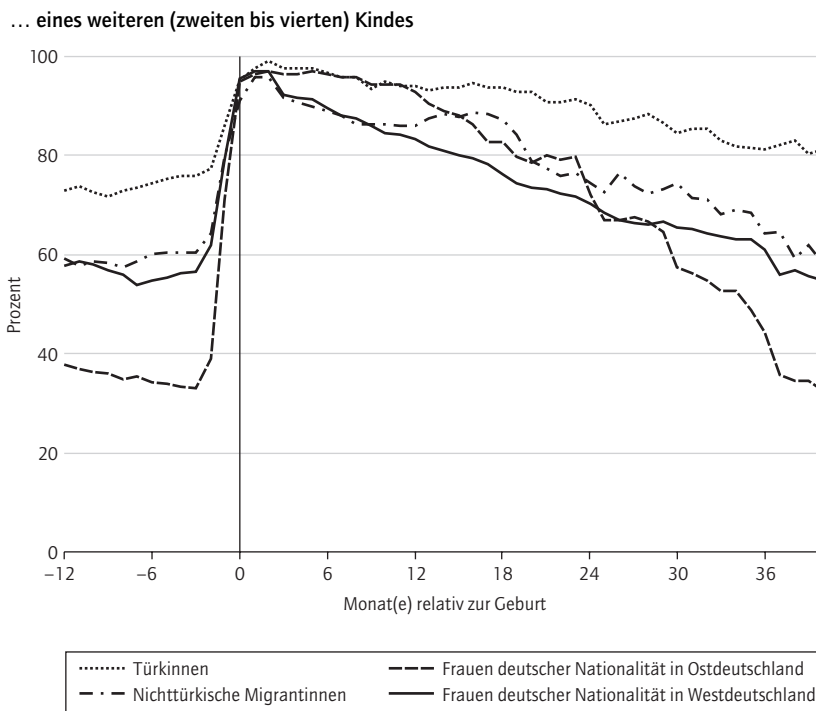
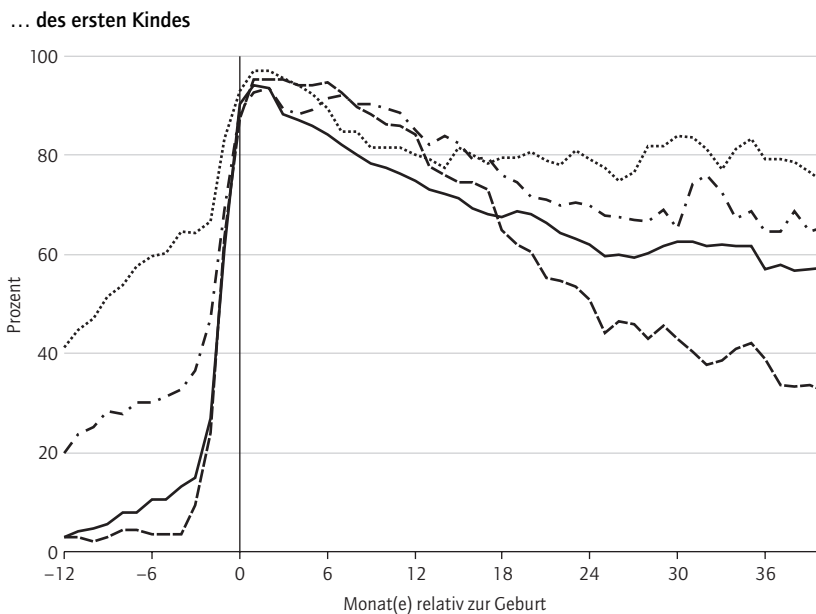
Höhere Nichterwerbstätigkeit ausländischer Mütter

Für die Analyse der Erwerbsmuster und der Lebenszufriedenheit ausländischer Mütter vor und nach der Geburt eines Kindes wurden Mütter mit einer türkischen, einer sonstigen nichtdeutschen Staatsangehörigkeit sowie Mütter deutscher Nationalität aus West- und Ostdeutschland befragt, die im Zeitraum 1992 bis 1998 ein Kind geboren haben. Unterschieden wird dabei, ob es sich um die erste Geburt oder weitere Geburten (bis maximal vier) handelt. Der Beobachtungszeitraum umfasst zwölf Monate vor und 40 Monate nach der Geburt eines Kindes. Datengrundlage ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) (Kasten).

Betrachtet man den Anteil der nichterwerbstätigen Frauen an den Müttern in den zwölf Monaten vor und den 40 Monaten nach der Geburt des *ersten* Kindes – getrennt nach Türkinnen, anderen Migrantinnen sowie west- und ostdeutschen Frauen –, so fällt die geringe Erwerbsorientierung ausländischer Frauen auf (Abbildung 1). Während deutsche Frauen ein Jahr vor der Geburt ihres ersten Kindes fast alle erwerbstätig waren, übten 41 % der türkischen Mütter und 20 % der anderen Migrantinnen keine Erwerbstätigkeit aus. Nach der Geburt näherten sich die Nichterwerbsquoten der westdeutschen und ausländischen Mütter zunächst an. Während aber drei Viertel der Türkinnen auch 40 Monate nach der ersten Geburt nichterwerbstätig waren (bei anderen Migrantinnen etwa zwei Drittel), kehrten deutsche Mütter weitaus häufiger auf den Arbeitsmarkt zurück. Von den ostdeutschen Frauen war sogar nur etwa ein Drittel 40 Monate nach der Geburt nichterwerbstätig (von westdeutschen Müttern 58 %).

Abbildung 1

Anteil nichterwerbstätiger Frauen an den Müttern im Zeitraum von zwölf Monaten vor bis 40 Monate nach der Geburt ...



Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Die Erwerbsmuster im Zusammenhang mit der Geburt eines weiteren Kindes waren ähnlich wie

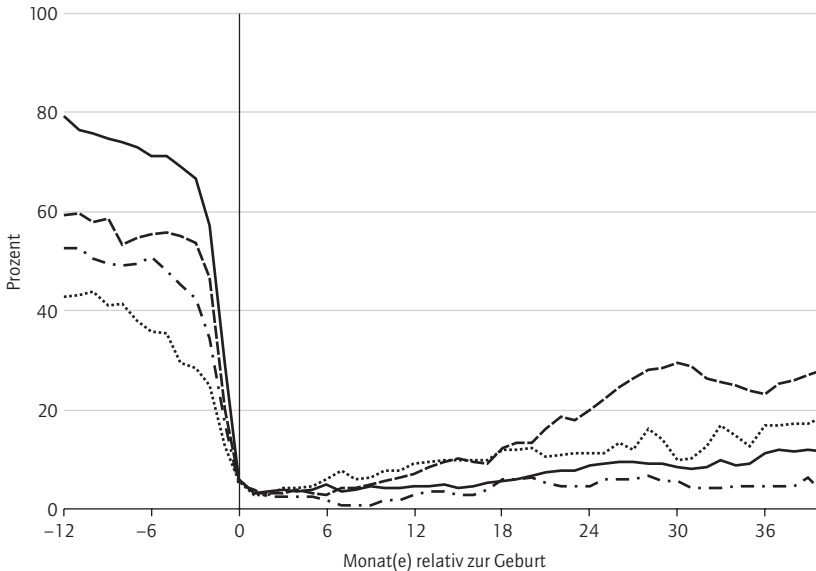
⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt in der Aktualisierung vom 8. Juli 2004, www.destatis.de/themen/d/thm_bevoelk.php sowie www.destatis.de/download/jahrbuch/stjb_2.pdf.

⁶ Vgl. Heribert Engstler und Sonja Menning: Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt. Erweiterte Neuaufl. Berlin 2003, S. 51 ff.

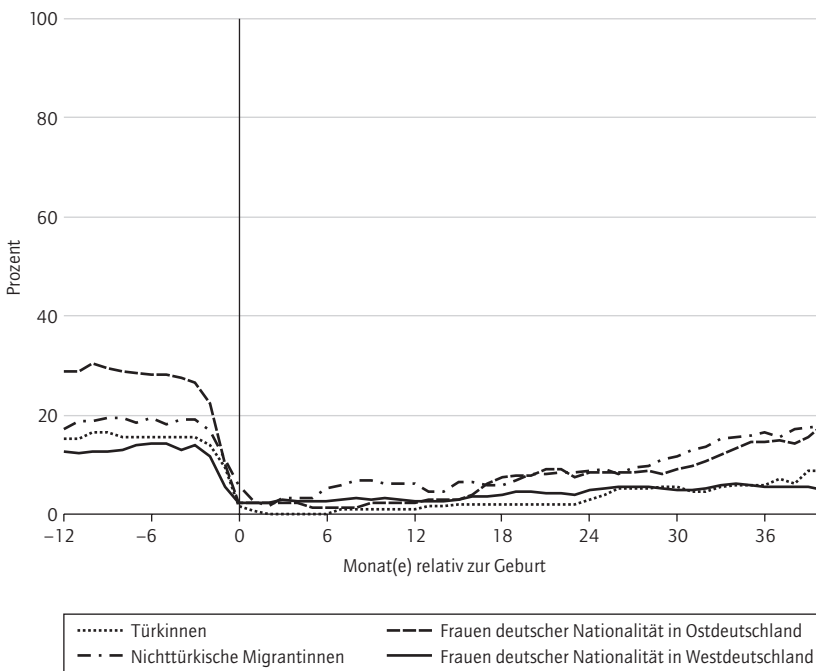
Abbildung 2

Anteil vollzeiterwerbstätiger Frauen an den Müttern im Zeitraum von zwölf Monaten vor bis 40 Monate nach der Geburt ...

... des ersten Kindes



... eines weiteren (zweiten bis vierten) Kindes



Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

bei der des ersten Kindes. Jedoch lagen aufgrund des Rückgangs der Erwerbstätigkeit nach der Geburt des ersten Kindes die Nichterwerbsquoten vor der Geburt weiterer Kinder generell deutlich höher als bei der ersten Geburt. Türkische und ostdeutsche Mütter zeigen ein entgegengerichtetes Erwerbsverhalten. So lag der Anteil nichterwerbstätiger Türkinnen zwölf Monate vor der Geburt

eines weiteren Kindes mit mehr als 70 % fast doppelt so hoch wie bei ostdeutschen Frauen. Westdeutsche Frauen und andere Migrantinnen weisen dagegen ein vergleichsweise ähnliches Erwerbsmuster vor und nach der Geburt des zweiten Kindes auf.

Niedrige Teilzeitquoten ausländischer Mütter nach der Geburt eines Kindes

Die geringere Erwerbsbeteiligung der ausländischen Mütter im Vergleich zu den deutschen spiegelt sich auch im Erwerbsumfang der beschäftigten Mütter (Abbildungen 2 und 3). Ein Jahr vor der Geburt des ersten Kindes waren nur 43 % der Türkinnen und 53 % der nichttürkischen Ausländerinnen in Vollzeit tätig, aber 80 % der westdeutschen und 59 % der ostdeutsche Frauen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der relativ geringe Anteil in Vollzeit erwerbstätiger Mütter in Ostdeutschland nicht auf eine geringere Erwerbsorientierung, sondern auf die häufigere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist.⁷

Nach der Geburt eines Kindes sind nur noch relativ wenige Mütter in Vollzeit beschäftigt. Die Erwerbsmuster der einzelnen Gruppen unterscheiden sich nicht mehr so gravierend. Interessant ist jedoch, dass Türkinnen im 40. Monat nach der Geburt eines Kindes – allerdings auf sehr niedrigem Niveau – etwas häufiger in Vollzeit tätig sind als westdeutsche Mütter. Vermutlich ist in diesen Fällen die Erwerbsarbeit der Mutter häufig aus finanziellen Gründen notwendig; am häufigsten arbeiteten jedoch ostdeutsche Mütter in Vollzeit.

Die geringere Erwerbsorientierung ausländischer Mütter im Vergleich zu deutschen Müttern ist vor der ersten Geburt also nicht nur durch eine geringere Erwerbsbeteiligung, sondern auch durch weniger häufige Vollerwerbstätigkeit gekennzeichnet.⁸ Nach der Geburt eines Kindes fällt die insbesondere im Vergleich zu westdeutschen Frauen geringe Teilzeitrage unter den ausländischen Müttern auf (Abbildung 3). Offenbar herrscht hier noch stärker die traditionelle Aufgabenteilung in der Familie vor, und es ist nicht üblich, Beruf und Familie über Teilzeitarbeit zu vereinbaren. Dies wird vor allem bei den Türkinnen augenfällig. Nur 5 % von ihnen übten im 40. Monat nach der ersten Geburt eine

⁷ Insbesondere Mütter in Ostdeutschland weisen im Vergleich zu Frauen in Westdeutschland nach wie vor eine deutlich höhere Erwerbsorientierung auf. Vgl. Elke Holst und Jürgen Schupp: Situation und Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004, a. a. O., S. 503–512.

⁸ Vor der ersten Geburt waren nur 6 % der Ausländerinnen, 7 % der westdeutschen und 5 % der ostdeutschen Frauen in Teilzeit erwerbstätig.

Teilzeittätigkeit aus, von den nichttürkischen Müttern waren es immerhin 21 % (westdeutsche Mütter 26 %, ostdeutsche Mütter 20 %). Insgesamt nahm der Anteil Teilzeitbeschäftigter im Beobachtungszeitraum bei den nichttürkischen Ausländerinnen und westdeutschen Müttern bis etwa zum 24. Monat zu, danach stagnierte er.

Die geringen Teilzeitquoten der Türkinnen nach der Geburt des *ersten* Kindes führen zu entsprechend niedrigen Raten vor der Geburt eines weiteren Kindes: Ein Jahr vor der Geburt waren nur 8 % der Türkinnen, aber immerhin 21 % der nichttürkischen Ausländerinnen in Teilzeit erwerbstätig gegenüber 27 % der westdeutschen Mütter und 16 % der ostdeutschen Mütter (die, wie oben dargelegt, eher in Vollzeit arbeiteten). 40 Monate nach der Geburt eines weiteren Kindes lagen die entsprechenden Anteile bei 5 % und 19 % (bzw. 36 % bei den westdeutschen Mütter und 16 % bei den ostdeutschen Müttern).⁹

Besonders geringe Lebenszufriedenheit bei türkischen und ostdeutschen Müttern

Auch bei der Lebenszufriedenheit vor und nach der Geburt eines Kindes zeigen sich zum Teil gravierende Unterschiede sowohl innerhalb der Gruppe der ausländischen Mütter als auch innerhalb der Gruppe der deutschen Mütter (Abbildung 4). Die Werte für die Lebenszufriedenheit in der Zeit fünf Jahre vor und nach der Geburt eines Kindes wurden mithilfe eines Fixed-Effects-Modells geschätzt (Kasten).

Betrachtet man die Lebenszufriedenheit im Zeitraum fünf Jahre vor und nach der Geburt des *ersten* Kindes, zeigt sich ein sehr ähnlicher Verlauf bei allen betrachteten Gruppen. Mit der Geburt steigt die Zufriedenheit deutlich, danach sinkt sie wieder und erreicht nach fünf Jahren etwa wieder den Ausgangswert von fünf Jahren vor der Geburt.

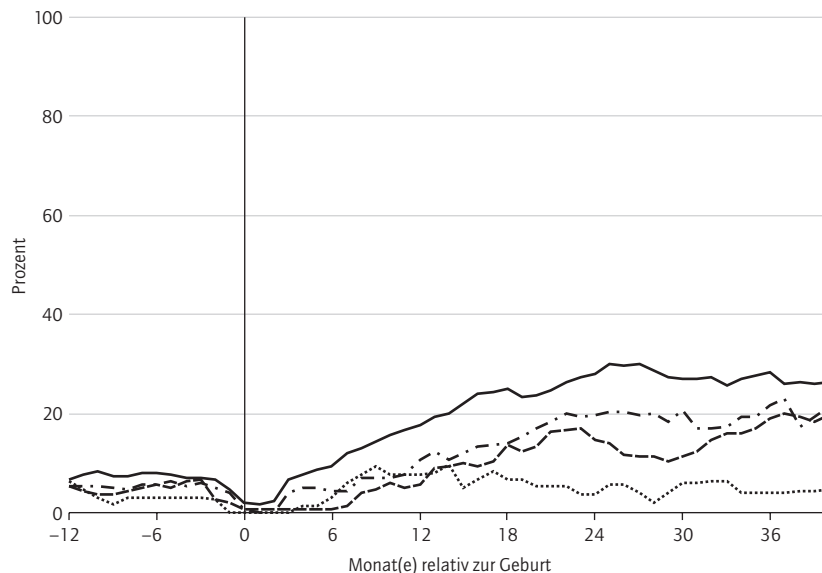
Deutliche Unterschiede existieren dagegen im *Niveau* der Lebenszufriedenheit. Westdeutsche und nichttürkische ausländische Mütter waren vor und nach der Geburt des ersten Kindes mit dem Leben etwa gleich zufrieden und damit wesentlich zufriedener als türkische und ostdeutsche Mütter, deren Lebenszufriedenheit ebenfalls auf etwa dem gleichen (niedrigen) Niveau lag. Die beiden letztgenannten Gruppen wiesen eine um etwa 0,6 Punkte niedrigere durchschnittliche Lebenszufriedenheit in den Jahren vor und nach der ersten Geburt auf als die beiden erstgenannten Gruppen.

Die geringe Zufriedenheit von Türkinnen und ostdeutschen Frauen mag im Zusammenhang mit der

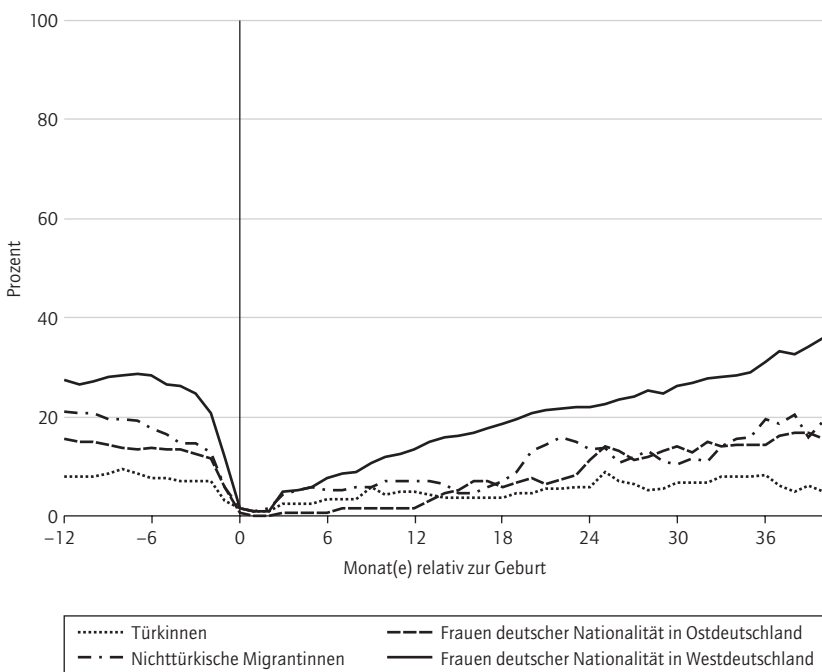
Abbildung 3

Anteil teilzeiterwerbstätiger Frauen an den Müttern im Zeitraum von zwölf Monaten vor bis 40 Monate nach der Geburt ...

... des ersten Kindes



... eines weiteren (zweiten bis vierten) Kindes



Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

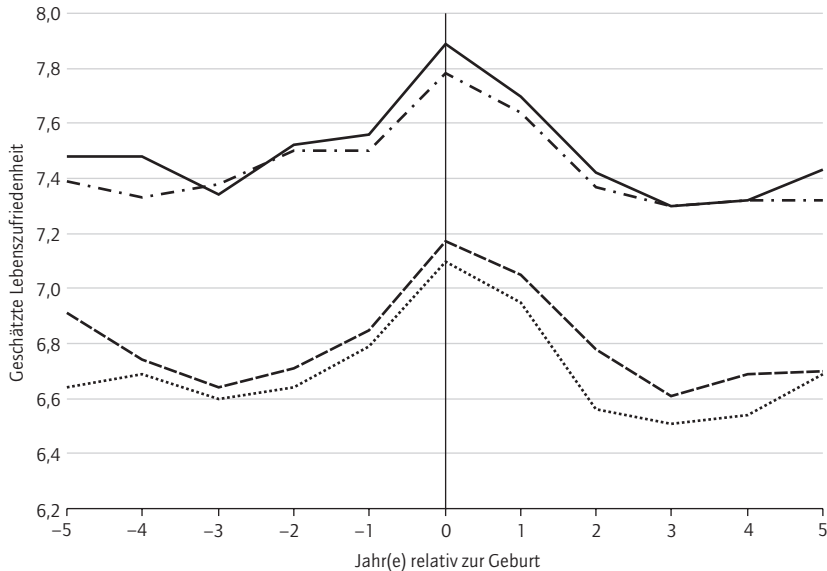
unbefriedigenden finanziellen Haushaltssituation stehen. Aufgrund des Familienzuwachses und des Rückgangs der Erwerbsarbeit der Mutter können Engpässe beim Familieneinkommen entstehen.

⁹ In der SOEP-Stichprobe kann der höhere Anteil von Hausfrauen unter den Türkinnen nicht dem Umstand zugerechnet werden, dass sie häufiger ein drittes oder viertes Kind gebären.

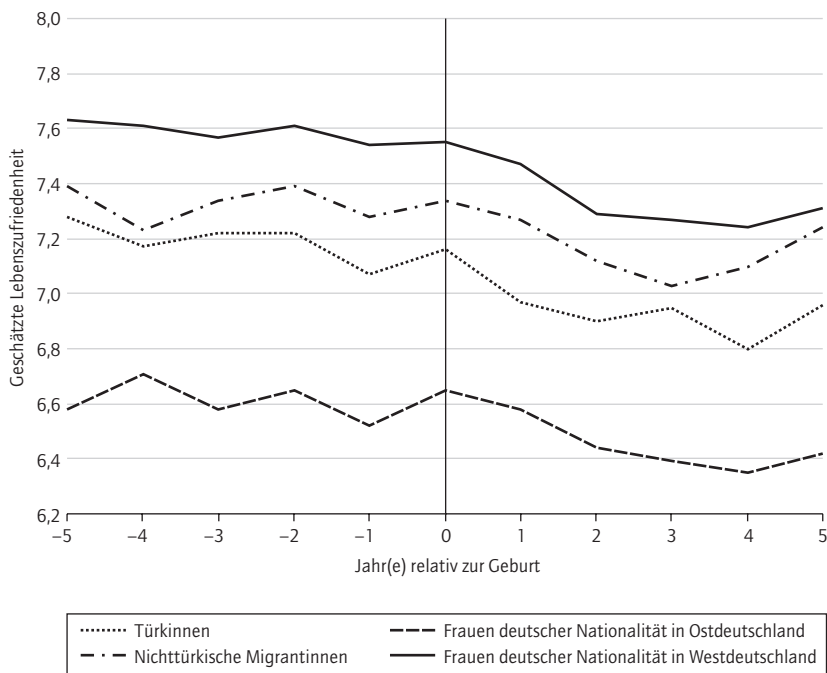
Abbildung 4

Geschätzte Lebenszufriedenheit im Zeitraum fünf Jahre vor bis fünf Jahre nach der Geburt ...

... des ersten Kindes



... eines weiteren (zweiten bis vierten) Kindes



Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

Dieser These wurde in einer weiteren Untersuchung nachgegangen, in der das Haushaltseinkommen sowie etwaige Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation in der Schätzung als Einflussgrößen zusätzlich berücksichtigt wurden (Kasten). Jetzt verringerten sich zwar die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen, sie verschwanden aber nicht vollständig.¹⁰

Vor und nach der Geburt eines weiteren Kindes waren türkische Mütter mit ihrem Leben deutlich zufriedener als ostdeutsche Mütter, wenngleich nicht ganz so wie die westdeutschen und anderen ausländischen Mütter. Anders als bei der Geburt des ersten Kindes nahm die Lebenszufriedenheit im Jahr der Geburt eines weiteren Kindes bei den meisten Gruppen nur wenig zu, bei den westdeutschen Müttern ist dies sogar kaum sichtbar. Ostdeutsche Mütter waren zu allen Beobachtungszeitpunkten mit ihrem Leben am wenigsten zufrieden. Alle Gruppen verzeichneten im Beobachtungszeitraum einen Rückgang der Lebenszufriedenheit. Dies zeigt, dass die Geburt eines weiteren Kindes mit erheblichen Belastungen verbunden ist.

Auch wurde überprüft, inwieweit eine Berücksichtigung des Haushaltseinkommens und der gegebenenfalls geäußerten Sorgen über die eigene wirtschaftliche Situation die Ergebnisse beeinflusste. Der Unterschied zu den westdeutschen Frauen reduzierte sich bei den Türkinnen um etwa die Hälfte (von $-0,44$ auf $-0,21$) und damit in etwas stärkerem Maße als bei den ostdeutschen Müttern (41 %, von $-0,8$ auf $-0,47$).

Insgesamt hängt die Lebenszufriedenheit deutlich mit der Höhe des Haushaltseinkommens und dem Ausmaß der finanziellen Sorgen zusammen; erklärt wird hierdurch aber meist weniger als die Hälfte der Unterschiede in der Lebenszufriedenheit ostdeutscher oder türkischer Frauen im Vergleich zu westdeutschen Frauen.

Große Sorgen über die eigene wirtschaftliche Situation häufig bei ausländischen und ostdeutschen Müttern

Türkische Mütter hatten fünf Jahre vor und nach der Geburt eines Kindes weitaus häufiger „große Sorgen“ um die eigene wirtschaftliche Situation als andere Mütter (Abbildung 5). Aber auch für die nichttürkischen Migrantinnen und ostdeutschen Mütter war die Wahrscheinlichkeit höher, große finanzielle Sorgen zu haben, als für westdeutsche Frauen. Dies zeigt sich sowohl vor und nach der ersten als auch weiterer Geburten.

Die besonders schwierige Situation von Türkinnen kann zumindest teilweise auf ihr vergleichsweise geringeres Humankapital und ihre geringe Erwerbsbeteiligung zurückgeführt werden. Bildung und Vollzeiterwerbstätigkeit – das zeigten die Ergebnisse der multinomialen Regression – verrin-

¹⁰ Der Unterschied zwischen westdeutschen und türkischen Müttern verringerte sich um 26 % (von $-0,62$ auf $-0,46$), der zwischen westdeutschen und ostdeutschen Müttern um 44 % (von $-0,59$ auf $-0,33$).

gern die Wahrscheinlichkeit für große finanzielle Sorgen. Werden die Zahl der Kinder unter 16 Jahren im Haushalt, der Familienstand, die Bildung und der Erwerbsstatus in der Schätzung berücksichtigt, sind die Chancen ostdeutscher Mütter, „große“ finanzielle Sorgen anstatt „keine“ finanziellen Sorgen zu haben, fünfmal höher als bei westdeutschen Müttern, bei türkischen 3,6-mal und bei nichttürkischen Migrantinnen 1,7-mal. Bei einer weiteren Geburt war es für die ostdeutschen Frauen sogar fast sechsmal wahrscheinlicher als für westdeutsche Frauen, große finanzielle Sorgen als keine derartigen Sorgen zu haben; bei den Türiinnen lag dieser Wert bei dem 2,6fachen, bei den nichttürkischen Migrantinnen bei dem 1,9fachen. In all diesen Fällen sind die Ergebnisse statistisch hoch signifikant.

Fazit

Erwerbsmuster und Lebenszufriedenheit von Müttern, die in Deutschland leben, unterscheiden sich zum Teil erheblich. Türkische Mütter weisen die geringste Erwerbsbeteiligung auf; ostdeutsche Mütter sind am häufigsten nach der Geburt wieder berufstätig. Gemeinsam ist beiden Gruppen, dass sie mit ihrem Leben weniger zufrieden sind als westdeutsche oder nichttürkische ausländische Mütter. Die Geburt eines weiteren Kindes stellt offenbar eine besondere Herausforderung dar, denn bei allen Gruppen kam es im Beobachtungszeitraum nach diesem Ereignis zu einem Rückgang der Lebenszufriedenheit. Ostdeutsche Mütter wiesen die weitaus geringste Lebenszufriedenheit auf.

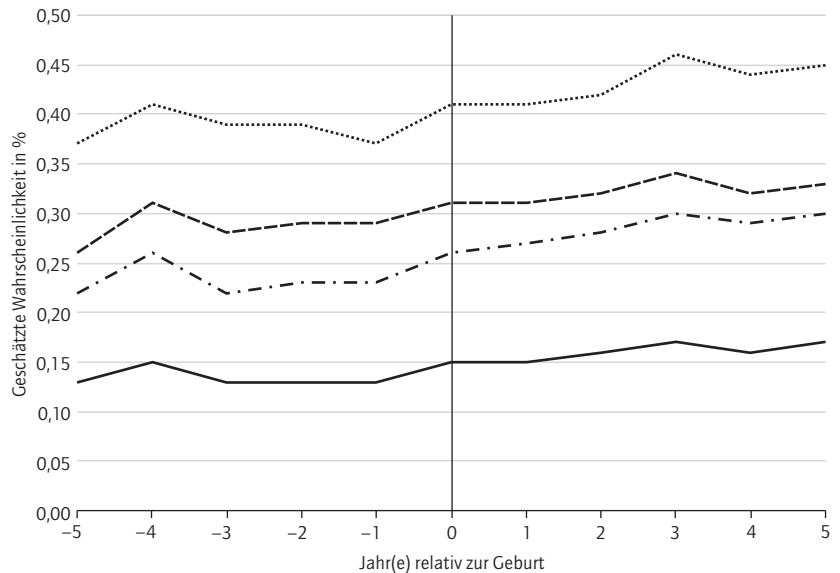
Insgesamt hängt die Höhe der Lebenszufriedenheit deutlich mit dem Haushaltseinkommen und dem Ausmaß der finanziellen Sorgen zusammen. Insbesondere für die Türiinnen könnten sich eine höhere Bildung und Erwerbsbeteiligung sowie eine Erhöhung des Haushaltseinkommens positiv auf die Lebenszufriedenheit auswirken. Da aber die genannten Faktoren meist weniger als die Hälfte des Unterschieds bei der Lebenszufriedenheit ostdeutscher und türkischer Frauen im Vergleich zu westdeutschen Frauen erklären, spielen offensichtlich auch weitere Belastungen eine erhebliche Rolle.

Die genannten Unterschiede in den Erwerbsmustern insbesondere von türkischen und westdeutschen Müttern vor und nach der Geburt eines Kindes sind nicht einfach mit einem Hinweis auf unterschiedliche kulturelle Präferenzen abzutun. Hierauf weist die mit der niedrigen Erwerbsbeteiligung verbundene geringere Lebenszufriedenheit türkischer Mütter hin. Die Untersuchung zeigte auch, dass die Unterschiede zum Teil auf ein relativ geringes Haushaltseinkommen und auf Sorgen über die

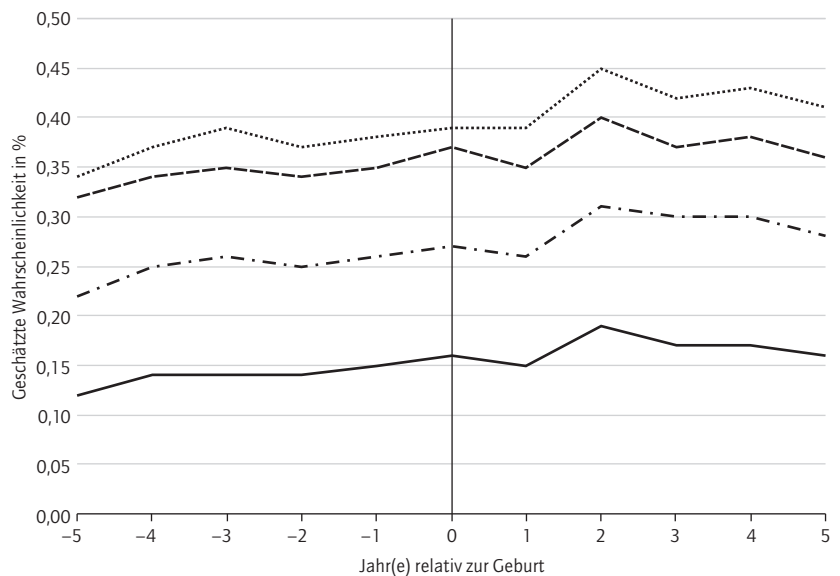
Abbildung 5

Wahrscheinlichkeit, „große“ Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation zu haben, vor und nach der Geburt ...

... des ersten Kindes



... eines weiteren (zweiten bis vierten) Kindes



..... Türkinnen
 - - - Nichttürkische Migrantinnen
 - - - Frauen deutscher Nationalität in Ostdeutschland
 — Frauen deutscher Nationalität in Westdeutschland

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

eigene wirtschaftliche Situation zurückzuführen sind.

Diese Ergebnisse sind für die Integrationspolitik in Deutschland von Bedeutung.¹¹ Eine Chance

¹¹ Zur Integrationspolitik vgl. auch Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration, a. a. O.

stellt eine verbesserte Bildung und Integration der Mütter in den Arbeitsmarkt dar. Davon sind auch positive Effekte auf die Startchancen ihrer Kinder zu erwarten.¹² Insgesamt kann neben einer Verbesserung der Berufschancen von Frauen – egal welcher Nationalität – auch die Entlastung durch bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu einer Verbesserung der Situation beitragen. Das DIW Berlin hat hierzu bereits Vorschläge erarbeitet.¹³

12 Eine Studie des RWI Essen auf Basis der SOEP-Daten belegt, dass viele Nachkommen der Gastarbeiter kaum in Deutschland verwurzelt und integriert sind und ihre Lebenseinstellung häufig von Pessimismus und Selbstzweifeln geprägt ist. Zudem nehmen viele ihr Leben als wenig selbstbestimmt wahr. Ethnisch deutsche Einwanderer, etwa Spätaussiedler, sehen ihre Zukunft hingegen optimistischer. Vgl. hierzu Michael Fertig: *The Societal Integration of Immigrants in Germany*. RWI Diskussionspapier Nr. 18. Essen 2004.

13 Vgl. z. B. Michaela Kreyenfeld, C. Katharina Spiess und Gert G. Wagner: *Kindertageseinrichtungen in Deutschland. Ein neues Steuerungsmodell bei der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen*. In: *Wochenbericht des DIW Berlin*, Nr. 18/2000, S. 269–275; außerdem C. Katharina Spiess: *Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Fakten, Mängel und Reformen*. In: *Sozialer Fortschritt*, Nr. 1/2003, S. 17–23.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Diskussionspapiere

Erscheinen seit 1989

Nr. 456

An Economic Analysis of Security Policies

Von Tilman Brück

November 2004

Nr. 457

What Causes Cross-Industry Differences of Technical Efficiency? An Empirical Investigation

Von Michael Fritsch und Andreas Stephan

November 2004

Nr. 458

Are Migrants More Skilled than Non-Migrants? Repeat, Return and Same-Employer Migrants

Von Jennifer Hunt

November 2004

Nr. 459

Gewinnen arbeitgeberseitige Entlassungen an Bedeutung?

Von Marcel Erlinghagen

November 2004

Nr. 460

European Labour Mobility: Challenges and Potentials

Von Klaus F. Zimmermann

November 2004

Nr. 461

Productivity and the Natural Rate of Unemployment

Von Jiri Slacalek

Dezember 2004

Nr. 462

Economic, Environmental and International Trade Effects of the EU Directive on Energy Tax Harmonization

Von Michael Kohlhaas, Katja Schumacher, Jochen Diekmann, Dieter Schumacher und Martin Cames

Dezember 2004

Nr. 463

Spillovers from Foreign Firms through Worker Mobility: An Empirical Investigation

Von Holger Görg und Eric Strobl

Dezember 2004

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden (www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere).

Druckausgabe und Online-Version für nur 250 Euro im Jahr

Die elektronischen Ausgaben des Wochenberichts des DIW Berlin können Sie seit dem 1. Januar 2005 bequem über ein Online-Bezahlsystem zum Preis von 150 Euro pro Jahr erwerben.

Unseren Abonentinnen und Abonnenten der Druckausgabe des Wochenberichts machen wir ein ganz besonderes Angebot: Zusätzlich zu Ihrem Heftabonnement können Sie für lediglich 70 Euro mehr pro Jahr den elektronischen Wochenbericht lesen; der Preis für beide Jahresabonnements beträgt also nur 250 Euro.

Das Online-Abo bietet Zugriff auf die digitalen Ausgaben (PDF) aller Wochenberichte auf der Homepage des DIW Berlin. Das jeweils aktuelle Heft können Sie somit bereits am Mittwochnachmittag lesen – am Donnerstag liegt Ihnen die gedruckte Version vor.

„Firstgate Internet AG“ ist Partner für den Online-Shop des DIW Berlin:
Nach der kostenlosen Registrierung rufen Sie mithilfe des Bezahlsystems
firstgate click&buy

die Wochenberichte schnell und einfach ab und speichern Sie auf Ihrem PC.

Um das Online-Abo abzuschließen, geben Sie bitte bei Ihrer Internet-Bestellung die Abo-Nummer Ihres Heftabonnements (einschließlich der Nullen am Anfang) in das hierfür vorgesehene Feld ein. Ihre Abo-Nummer können Sie bei unserem Kundenservice erfragen:

Michaela Engelmänn
DIW Berlin
Tel. +49 - 30 - 897 89 - 245
E-Mail: mengelmann@diw.de

Der **Wochenbericht des DIW Berlin** im Internet:
www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/wochenberichte/

Hinweis auf eine Veranstaltung

DIW Berlin in cooperation with BSE

„The Analogue Switch-Off: Chances and Challenges of Digitizing the CATV Infrastructure“

ITS Workshop
at Berlin School of Economics
3–4 February 2005

For more information on workshop program and registration please see
www.userpage.fu-berlin.de/%/Ejmueller/its/wrkshp/cat/index_cat.htm



Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dr. habil. Björn Frank
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 - 30 - 897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88 *dtms/12 Cent/min.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

Wissenschaftlicher Text-Dienst (WTD), Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin